

Gewerkschaften fordern von der KMK Prüfstelle für Unterrichtsmaterialien

Eine Erwiderung des Instituts für Ökonomische Bildung auf einen Brief von DGB und GEW an die Kultusminister der Länder

Am 11.12.2012 haben die stellvertretenden Vorsitzenden von DGB und GEW - Ingrid Sehrbrock und Marianne Demmer - dem Präsidenten der Kultusministerkonferenz, den Kultusminister/-innen der Länder und der Bundesbildungsministerin ein Schreiben zukommen lassen, in dem die vermeintliche Einflussnahme von Privatunternehmen auf allgemein bildende Schulen kritisiert, die Einführung eines eigenständigen Faches „Wirtschaft“ abgelehnt sowie die Schaffung einer „staatlich verantworteten Prüfstelle für Unterrichtsmaterialien“ gefordert wurde. Dieses Schreiben ist nun online zugänglich:

http://www.gew.de/Binaries/Binary95404/DGB_GEW_Schreiben_an_KMK_Pruefstelle.pdf

In dieser gewerkschaftlichen Stellungnahme sind unseres Erachtens zahlreiche Sachverhalte unzulässig dargestellt, wir beschränken uns hier aber auf die Erwiderung einiger zentraler Aussagen des o. g. Papiers. Die folgenden Ausführungen haben wir den o. g. Adressaten in einem Rundschreiben zukommen lassen.

- (1) Selbstverständlich wäre es fatal, wenn Unternehmen, Verbände oder andere Organisationen versuchten, Schülerinnen und Schüler im eigenen Interesse zu manipulieren. Für solche Manipulationsversuche gibt es aber - mit Ausnahme einzelner Negativbeispiele, die sich vermutlich nie vollständig verhindern lassen - keine empirischen Belege. Die Kritik der Gewerkschaften ignoriert zum einen die Potenziale der tagtäglichen Praxis von Kooperationen zwischen Schule und Wirtschaft. Die Vielfalt, der Umfang und die Qualität der faktisch bestehenden und von beiden Seiten freiwillig geschlossenen Kooperationen zeigen, dass die lange gepflegte Distanz zwischen Schule und Wirtschaft heute zugunsten einer konstruktiven und bildungswirksamen Zusammenarbeit weitgehend aufgelöst wurde. Zum anderen werden aktuelle lerntheoretische, bildungstheoretische und fachdidaktische Erkenntnisse einfach ignoriert, die Bildung als ein komplementäres Produkt aus Erfahrung und Erkenntnis beschreiben. Schulisches Lernen ohne Bezüge zur Lebenswelt ist heute in keinem Fach mehr denkbar.
- (2) Die Behauptung der Gewerkschaften, dass ein Fach Wirtschaft alle Bezugsdisziplinen ausspare, ist schlicht falsch. So wie sich beispielsweise das Fach Deutsch auf die Germanistik bezieht oder das Fach Erdkunde auf die Geographie, so ist die Wirtschaftswissenschaft die zentrale Bezugsdisziplin für die ökonomische Bildung. Das Verhältnis zwischen Schulfach und Bezugsdisziplin ist dabei selbstverständlich nicht abbilddidaktisch zu rekonstruieren, sondern kategorial und

mit Bezug zu Lebenssituationen. Außerdem bedeutet der Bezug auf eine Kerndisziplin nicht, dass andere Dimensionen ausgeblendet werden. Es ist selbstverständlich, wie Lehrpläne und Kerncurricula aus einigen Bundesländern zeigen (vgl. Niedersachsen), dass mehrdimensionale Zugänge, die auch soziale und politische Einsichten eröffnen, in diesen gegeben sind und sein müssen. Die Behauptung, Ziel der Vertreter der ökonomischen Bildung sei die Implementierung eines monodisziplinären Faches, welches ökonomische Fragestellungen nicht in den Zusammenhang mit gesellschaftlichen, politischen und ökologischen Aspekten behandle und nicht praktikabel sei, deutet auf die Unkenntnis der in den letzten Jahrzehnten von Fachdidaktikern entwickelten Konzeptionen. Darüber hinaus findet sich hierzu auch kein Beleg in den Rahmenvorgaben der Wirtschaftsfächer, die in einigen Bundesländern bereits etabliert wurden. Entsprechende Äußerungen bewegen sich außerhalb des wissenschaftlichen Diskurses und sind als schlichte interessenpolitisch motivierte Behauptungen zu klassifizieren. In der fachdidaktischen Forschung und im schulischen Alltag zielt ökonomische Bildung stets auf die Perspektiven von Verbraucherinnen und Verbrauchern, Erwerbstätigen und Wirtschaftsbürgern ab. Im Gegensatz zu monoperspektivischen Konzepten, wie z. B. im Rahmen eines eigenen Faches „Verbraucherbildung“, können in einem Schulfach „Wirtschaft“ die unterschiedlichen Blickwinkel systematisch aufeinander bezogen werden. Einschlägige Konzeptionen und Unterrichtsmaterialien, die die Konsumentenperspektive als integralen Bestandteil einer umfassenden ökonomischen Bildung enthalten, werden seit Jahrzehnten in Oldenburg und an anderen Standorten in Deutschland entwickelt.

- (3) Weiterhin falsch ist der Rückschluss vom umfassenden Allgemeinbildungsauftrag der Schule insgesamt auf eine vermeintlich notwendige Etablierung von Integrationsfächern. Dieser normativistische Kurzschluss blendet die Potenziale von Schulfächern für einen domänenspezifischen Kompetenzerwerb aus. Zwar könnten Zusammenhänge zwischen den Schulfächern im deutschen allgemeinbildenden Schulwesen sicher stärker gefördert werden, aber Interdisziplinarität setzt logischerweise Disziplinarität voraus. Das impliziert: Ohne eine Fach kann es auch keinen fachübergreifenden oder Fächer verbindenden Unterricht geben. Zumal eigene Studiengänge an den Hochschulen, die die seriöse Ausbildung von künftigen Lehrkräften mit angemessenen Stundendeputaten gewährleisten, wiederum nur etabliert werden, wenn ein Unterrichtsfach in einem Bundesland vorhanden ist.
- (4) Die Forderung nach einem eigenständigen Fach „Wirtschaft“ zielt keineswegs auf die Ersetzung politisch-sozialwissenschaftlicher Inhalte und Fächer in der allgemein bildenden Schule. Vielmehr stellt sie in Rechnung, dass die systematische Vermittlung grundlegender ökonomischer Kompetenzen bis dato in vielen Lehrplänen sozialwissenschaftlicher Fächer (wenn überhaupt) nur eine untergeordnete Rolle spielt. Dies gilt insbesondere für den gymnasialen Bereich. Ein Zustand, der unseres Erachtens angesichts der heutigen gesellschaftlichen

Herausforderungen nicht tragbar ist. Ökonomische Bildner fordern somit eine notwendige Erweiterung des Spektrums sozialwissenschaftlichen Unterrichts und nicht dessen Eingrenzung.

- (5) Wir stimmen DGB und GEW sowohl hinsichtlich der weiteren Gültigkeit des „Beutelsbacher Konsenses“ sowie der Notwendigkeit „der Vorbereitung junger Menschen auf die Berufs- und Arbeitswelt und ihre persönlichen Lebensplanung“ zu. Auch nach unserer Auffassung sowie aller uns bekannten Fachdidaktiker der ökonomischen Bildung, sollen Schülerinnen und Schüler [...] zu kritischer Urteilsbildung befähigt werden, um in einer von Interessensgegensätzen verfassten Gesellschaft eigene Standpunkte finden und vertreten zu können sowie zu kritischer Partizipation und Mitbestimmung befähigt zu werden. Schülerinnen und Schüler sollen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft als gestaltbar und veränderbar verstehen“. Es stellt sich nur die Frage, warum dies in einem eigenständigen Fach „Wirtschaft“ nicht zu erreichen sein soll. Zumal für die hier geforderte sozio-ökonomische Bildung bislang keine tragfähigen Konzepte für Schulen und Hochschulen vorgelegt wurden, sondern es zumeist bei ihrer schlichten Postulierung bleibt.
- (6) Besonders interessant ist, dass die Masse an kostenfreien Materialien von Wirtschaftsverbänden etc. in diesem Zusammenhang als wesentliche Gefahr betrachtet wird, die entsprechenden Angebote gewerkschaftsnaher Institutionen jedoch keine Erwähnung finden (vgl. u. a. die Materialangebote der Böckler-Stiftung unter <http://www.boeckler.de/39577.htm>). Dabei zeichnen sich gerade einige dieser Materialien durch die eindeutige Missachtung bzw. einseitige Interpretation des geforderten Kontroversitätsprinzips aus. Ein Blick auf die Themenauswahl der Rubrik „Böckler Impulse für den Unterricht“ oder auf das in diesem Kontext entwickelte Themenheft zur Finanzkrise (http://www.gew-sh.de/sites/default/files/download/meldungen/schule_th_finanzkrise_2012.pdf) verdeutlicht sehr schnell, in welchem Ausmaß sowohl das Kontroversitätsgebot als auch das Überwältigungsverbot missachtet werden.
- (7) Als weiteres Beispiel für das höchst problematische fachliche Niveau der Diskussionsbeiträge von gewerkschaftlicher Seite kann auch die so genannte Studie „Wirtschaft in der Schule - Die Auseinandersetzung um ökonomische Bildung in den allgemeinbildenden Schulen“ genannt werden, die auf den Seiten des DGB als eine der zentralen Stellungnahmen zum Themenbereich „Ökonomische Bildung“ platziert ist (<http://schule.dgb.de/materialien/wirtschaft/oekonomische-bildung>). Einer der beiden Autoren gehört dem DGB-Fachbereich „Allgemeine Bildungspolitik“ an, während der andere sich zum Zeitpunkt der Erstellung des Papiers noch im Masterstudium des Faches „Sozialpolitik“ (!) befindet. Angesicht dieses fachlichen Hintergrunds überrascht die Dürftigkeit der Auseinandersetzung nicht, jedoch stellt sich die Frage nach der Ernsthaftigkeit der Diskussionsgestaltung.

(8) Weiterhin wird im o. g. Schreiben bemängelt (Zitat), „dass die [Wirtschafts-]Akteure eigene Schulmaterialien mit einem eigenen Gütesiegel versehen.“ Hiermit solle Lehrkräften glauben gemacht werden, „die Materialien seien von fachlicher und didaktischer Qualität und könnten bedenkenlos im Unterricht eingesetzt werden“. Als Beispiel wird der Schulbuchpreis der Bundesarbeitsgemeinschaft Schule Wirtschaft, der unter der Schirmherrschaft des Bundeswirtschaftsministers durchgeführt wurde, angeführt.

Festzuhalten ist: In diesem Wettbewerb hat eine fachlich und fachdidaktisch ausgewiesene Jury Schulbücher und keine kostenfreien Materialien bewertet. Das Siegerbuch für die Sekundarstufe I, „Praxis Wirtschaft Profil“, das nach Gewerkschaftseinschätzung (ohne weitere Begründung) „ungeachtet seiner Qualität“ prämiert wurde, hat zuvor das staatliche Prüfverfahren für Schulbücher in Niedersachsen durchlaufen, wurde somit hinsichtlich seiner Lehrplankonformität geprüft und genehmigt und ist beim renommierten Westermann-Schulbuchverlag erschienen.

(9) Hinsichtlich der Forderung einer staatlich verantworteten Prüfstelle lassen sich, insbesondere auch vor dem Hintergrund der föderalen Strukturen, zahlreiche bis dato unbeantwortete Fragen stellen, z. B.

- Welches fachwissenschaftliche Selbstverständnis zur (sozio-)ökonomischen Bildung soll dem Prüfsystem bzw. der „roten Liste“ unterlegt werden?
- Welche fachdidaktische/fachmethodische „Messlatte“ (Qualitätsstandards) soll den Beurteilungen zugrunde liegen?
- Wie werden aktuelle Erkenntnisse der empirischen Unterrichtsforschung berücksichtigt, die zeigen, wie faktoerenreich sich der unterrichtliche Einsatz von Materialien gestaltet und die Wirksamkeit von Unterricht beeinflusst (vgl. Helmke, Brophy, Wellenreuther)?
- Welche Akteursgruppen sollen an der Festlegung der Qualitätsstandards und den Prüfverfahren beteiligt werden?
- Inwieweit soll die Aufgabe den Wissenschaftlern überantwortet werden, die im Bereich der ökonomischen Bildung an den Hochschulen lehren oder forschen?

Der Verweis auf den Materialkompass der vzbv ist in diesem Kontext zumindest wenig hilfreich, weil sich diese vermeintliche Prüfstelle durch fachfremde und zum Teil unqualifizierte Gutachter sowie durch ein fragwürdiges und fachdidaktische Qualitätskriterien missachtendes Konzept auszeichnet. Die Mängel des Materialkompasses sind allerdings so gravierend, dass dazu an anderer Stelle ausführlich Stellung bezogen werden soll.

Allein die hier aufgeführten Punkte machen deutlich, dass es sich bei dem Brief der Gewerkschaften um ein bildungspolitisch motiviertes Papier und nicht um eine fachlich oder fachdidaktisch fundierte Darstellung handelt. Die Gewerkschaften scheinen hier einen „Kampf um die Köpfe der Schüler“ lostreten zu wollen, der aus unserer Sicht völlig



verantwortungslos ist, weil er auf dem Rücken von Kindern und Jugendlichen ausgetragen wird. Eine Rückkehr zu einer sachgerechten Diskussion wäre hier wünschenswert.

IÖB, 13. März 2013